

# Bauchplatscher

**Der städtische Haushalt 1999 wurde durch die Aufsichtsbehörde wieder nicht genehmigt**

Seit der letzten Kommunalwahl dominiert Bankdirektor Schulte-Kemper, CDU, die finanzpolitischen Entscheidungen der „haushaltstragenden“ Koalition von CDU, SPD und Grünen. Ergebnis: Das lustige Geldausgeben geht wie zu Zeiten der absoluten Mehrheit der SPD weiter.

Die Geschenke sollen starke Wählergruppen zum „richtigen“ Kreuzchen auf den Wahlzetteln bewegen. Jetzt gab es die große Ernüchterung. Der Haushalt wird nicht genehmigt.

1995 versprachen SPD, CDU & Grüne, den Haushalt um 45 Mio. zu entlasten. 1996 behauptete dieselbe Koalition, der Haushalt würde um 96 Mio. entlastet. Das verursachte ein Rauschen im Blätterwald. Als es an die Realisation ging, folgte das Schweigen im Walde. 1998 hatten

wir eine neue Koalition aus CDU, Grünen & der USF. Die „haushaltstragenden“ Fraktionen, wie sie sich gerne schulterklöpfend bezeichnen, teilten mit, daß der

Zeitraum der von der Aufsichtsbehörde vorgeschriebenen Haushaltskonsolidierung auf das Jahr 2002 verkürzt werde.

Die Finanzsituation sollte wieder einmal „sensationell“ verbessert werden, diesmal um 38 Mio. Woher das Geld kommen sollte, wurde verschwiegen, und die Koalition wußte genau warum.

In der Legislaturperiode 94/99 sollten die Verbindlichkeiten der Stadt insgesamt um sage und schreibe 179 Mio. verringert werden.

Wären die prahlerischen Versprechungen eingetroffen, so hätte Marl heute nur noch 160 Mio. DM Schulden.

Wie aber sieht die Wirklichkeit aus, an der der Bürger die Zuverlässigkeit der „haushaltstragenden“ Koalition im sparsamen Umgang mit Steuergeldern messen kann? 1995 hatte die Stadt noch 226 Mio. DM allein an langfristigen Krediten, Anfang 1999 sind es 261 Mio. DM. Das ist eine Steigerung von 35 Mio. DM.

Die Stadt hat, als Fazit der „haushaltstragenden“ Bemühungen, die höchsten Schulden ihrer Geschichte, zur Zeit rund 340 Millionen DM in nur vier Jahren.

Die Bürgerliste freut sich nach wie vor darüber, daß WIR an dieser Täuschung der Bürgerinnen und Bürger nicht teilgenommen hat.

